



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Bericht des UN-Sonderberichterstatters abwarten – bis dahin keine Polizeikräfte zu Demonstrationen nach Berlin entsenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die teilweise gewalttätigen Vorkommnisse anlässlich der nicht-genehmigten Demonstrationen von Corona-Maßnahmen-Kritikern am 1. August 2021 in Berlin haben öffentlich Betroffenheit und Besorgnis ausgelöst. Der Schleswig-Holsteinische Landtag erklärt unmissverständlich, dass jedwede Gewaltanwendung gegen eingesetzte Polizeibeamte als Angriff auf Repräsentanten des Staates entschieden zu verurteilen sind. Demonstranten die Gewalt gegen Polizeibeamte anwenden, können sich nicht auf das grundgesetzlich geschützte Recht auf Versammlungsfreiheit berufen. Dieser Gewalt ist konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaats zu begegnen, ganz gleich aus welcher Motivation heraus diese erfolgt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass der UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer die Vorfälle, in denen es zu Gewalthandlungen zwischen Demonstranten und eingesetzten Polizeikräften gekommen ist, untersuchen wird. Laut offiziellen Verlautbarungen bestehe hier dem Eindruck des UN-Sonderberichterstatters Melzer nach in mehreren Fällen Anlass genug für eine offizielle Intervention bei der Bundesregierung.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, das Ergebnis der Untersuchung des UN-Sonderberichterstatters abzuwarten und bis dahin keine Kräfte der Bereitschaftspolizei des Landes Schleswig-Holstein zu Demonstrationen nach Berlin zu entsenden.

Begründung:

Im Nachgang des Verbotes der von Corona-Maßnahmen-Kritiker geplanten Demonstrationen am 1. August in Berlin 2021 kam es zu verschiedenen kleineren Versammlungen von Corona-Demonstranten, auf denen die in Berlin eingesetzten Polizeikräfte mit Maßnahmen zur Durchsetzung des Demonstrationsverbotes reagierte. Hierbei kam es zu einzelnen Vorfällen, bei denen aggressive und gewalttätige Handlungen aus den Reihen der Demonstranten gegenüber den Polizeikräften erfolgten. Diese Gewalt gegen Einsatzkräfte ist durch nichts zu rechtfertigen und wird entschieden verurteilt.

Öffentlich wurden ebenfalls Aufnahmen, in denen vereinzelt polizeiliches Vollzugshandeln zu erkennen ist, das sich augenscheinlich nicht an Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit zu orientieren scheint und öffentlich als Polizeigewalt kritisiert wird. Dass nun selbst der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, nach einer Sichtung von Aufzeichnungen den Eindruck hat, dass in mehreren Fällen Anlass für eine offizielle Intervention bei der Bundesregierung bestehe, muss auch Politik und Polizei in Schleswig-Holstein aufhorchen lassen.

Die Vorfälle in Berlin müssen rückhaltlos aufgeklärt werden, da diese bereits jetzt zu einem erheblichen Vertrauensverlust der Bürger gegenüber der Polizei führen können. Sollten sich die Vorwürfe von unrechtmäßiger Polizeigewalt bestätigen, müssen diese innerhalb der Polizei zu Konsequenzen führen. Auch müssen mögliche politische Vorgaben und Einflüsse auf Polizeiführung und Einsatzdoktrin ebenso untersucht werden, wie mögliche Auswirkungen auf die Einsatzausführung, etwa bei der Festsetzung von Eingriffsschwellen und der möglichen Reduzierung polizeilichen Ermessens.

Unabhängig vom Ergebnis der Untersuchungen muss sichergestellt sein, dass vereinzelte Verstöße keinesfalls für das Ganze stehen können. Der Rückhalt durch den Dienstherrn und das Vertrauen in der Gesellschaft für die Polizei muss oberstes Ziel sein.

Polizeiliche Einsatzkräfte aus Schleswig-Holstein werden bundesweit zu Demonstrationen und anderen Großlagen entsendet. Sie stellen aufgrund ihrer Einsatzstärke und Professionalität eine gern gesehene Unterstützung dar und verdienen daher auch den Schutz von Politik und Gesellschaft. Um diese nicht bei Einsätzen in Berlin der Gefahr auszusetzen, sie in einer durch politische und gesellschaftliche Polarisierung eskalierenden Situation zu schädigen, muss die Landesregierung auf das Entsenden von Einsatzkräften der Landespolizei Schleswig-Holstein zu Demonstrationen in Berlin so lange verzichten, bis die Untersuchungsergebnisse des UN-Sonderberichterstatters vorliegen und diese ausgewertet sind.

Claus Schaffer und der Zusammenschluss der AfD